



Offener Brief

Berlin, 7. Juni 2018

Offener Brief Berliner Schulbauoffensive - Wettbewerbsverfahren

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller,
Sehr geehrte Frau Senatorin Lompscher,
Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres,
Sehr geehrter Herr Senator Dr. Kollatz-Ahnen,

zunächst möchten wir betonen, dass uns allen die Berliner Schulbauoffensive auf Grundlage der Ergebnisse der Facharbeitsgruppe Schulraumqualität sehr am Herzen liegt und wir den bisherigen Arbeitsprozess durchaus vorbildlich finden. Es ist uns weiterhin bewusst, dass es sich um ein ehrgeiziges Programm handelt, für das neue Wege in den Planungs- und Genehmigungsprozessen erprobt werden müssen. Mit großer Genugtuung haben wir deswegen vernommen, dass für alle Schulen Planungswettbewerbe ausgeschrieben werden sollen, unabhängig davon, ob sie durch die Senatsverwaltung oder die HOWOGE realisiert werden.

Die nunmehr ausgelobten Typenwettbewerbe kommen dennoch sehr überraschend und wurden ohne weitere Vorgespräche mit dem Landesbeirat Schulbau, der Architektenkammer Berlin oder anderen Beteiligten bereits europaweit veröffentlicht. Hierüber sollen noch in diesem Sommer zwei Wettbewerbe für jeweils mindestens 5 bis 10 Schulstandorte, also insgesamt bis zu 20 Schulen, durchgeführt werden, wobei es sich ausschließlich um sogenannte "modulare" Schulbauten handeln wird. Unabhängig von einer rechtlichen Prüfung der Wettbewerbsbedingungen nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW), die derzeit durch die Architektenkammer Berlin erfolgt, sind in der Bekanntmachung zu den beiden Wettbewerben Elemente enthalten, die aus Sicht der Unterzeichnenden durchaus zu hinterfragen sind:

- Obwohl unter Fachleuten Einigkeit besteht, dass die meisten Grundstücke in Berlin keinen "Idealzuschnitt" haben, wird wider besseren Wissens und trotz negativer Erfahrungen der 1970er Jahre erneut nur auf modulare Typenlösungen gesetzt. Eine nachträgliche Anpassung von Typen kann erfahrungs-

gemäß aufwändiger sein als eine Planung für das betreffende Grundstück; zumal jeweils immer noch eine individuelle Genehmigungsplanung erstellt werden muss. Die eine daraus erhoffte Kostenersparnis ist ohnehin umstritten.

- Es ist nicht klar, wie zukünftige Nutzergruppen eingebunden werden sollen, um die angestrebten individuellen Schulprofile zur Identifikation der Nutzerinnen und Nutzer im Quartierskontext auf Grundlage individueller Schulbauqualitäten mit Typenentwürfen zu erreichen.
- Die notwendige Einbindung in den Stadtraum und eine hohe, mehrfach nutzbare Stadtraum- und Freiraumqualität drohen durch solche Lösungen in den Hintergrund zu treten, ebenso ist eine wirtschaftliche Optimierung der Grundstücksausnutzung nicht zu gewährleisten.
- Das Wettbewerbsverfahren sieht vor, die Teilnehmerzahl u.a. aufgrund von Referenzen zu beschränken. Durch die geplante Vorauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mittels eines sogenannten "Auswahlgremiums" und aufgrund der Anforderung, bereits realisierte Projekte in modularer Bauweise vorzuweisen, wird der Teilnehmerkreis für die Wettbewerbe unangemessen eingeschränkt.
- Dem in der Wettbewerbsausschreibung verwendeten Begriff "modular" liegt nach unserer Kenntnis keine klare Definition zugrunde, es ist also fraglich, was darunter verstanden wird. Durch die Wiederholung ähnlicher Strukturen wird ein Schulbau immer Elemente des modularen Bauens aufweisen.
- Hinzu kommt die Anforderung bereits zur Bewerbung für die Wettbewerbsteilnahme ein ganzes Team von Ingenieuren als Fachplaner mitzubringen und als "Generalplaner" aufzutreten. Weil weiterhin geplant ist, dass ab der Ausführungsplanung Baufirmen den Planungsprozess übernehmen sollen, ist nicht gewährleistet - wie in den RPW (Richtlinie für Planungswettbewerbe) beschrieben - dass die entwerfenden Architektinnen und Architekten bis zur Fertigstellung in ausreichender Weise die Entwurfsqualität garantieren können.
- Es ist fraglich, inwieweit kleinere und innovative Büros eine Chance haben, an den Wettbewerben teilzunehmen. Gerade das aber wäre wichtig, wenn für die neuen pädagogischen Konzepte auch neue architektonische Lösungen gefunden werden müssen.
- Die Forderung nach Trennung von Planung und Ausführung zur Qualitätssicherung durch unabhängige, dem Auftraggeber verpflichtete Fachleute ist nicht erfüllt. Auf die Gefahr von Baumängeln und schnellem Verschleiß durch Sparzwang und nicht ausreichender Qualitätskontrolle beim Bauen wurde gerade aktuell wieder durch das Karlsruhe Institut für Technologie (KIT) hingewiesen.
- Dem erhofften Vorteil von "gebündeltem" Planen und Bauen steht grundsätzlich auch ein "gebündeltes" Kosten- und Zeitrisko entgegen - bei Vergaben in eine Hand blieben bei Komplikationen unter Umständen auch gleich alle Schulen auf der Strecke.



- Das Vorgehen widerspricht der Mittelstandsförderung und der gebotenen Streuung von Aufträgen nach dem nationalen und dem EU-Vergaberecht. Abgesehen von den rechtlichen Vorgaben widerspricht die Gesamtvergabe dem politischen Programm in Berlin, Deutschland und Europa, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern. Auch die Rechnungshöfe fordern dies immer wieder ein.

Da wir alle auf eine gelungene und beispielgebende Umsetzung der neuen Schulen in Berlin hoffen bitten wir, die Verfahren unter diesen Aspekten noch einmal zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern. Dafür bieten wir gerne unsere konstruktive Mitwirkung an. Es wäre selbstverständlich auch naheliegend, dazu den Landesbeirat Schulbau einzubinden.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Edmaier
Präsidentin der Architektenkammer Berlin

Mitunterzeichnende Institutionen:

Architekten für Architekten, AfA
Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin, AIV
Bund Deutscher Architekten BDA, Landesverband Berlin
Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure BDB, Landesverband Berlin- Brandenburg
Bund Deutscher Innenarchitekten BDIA, Landesverband Berlin-Brandenburg
Bund Deutscher Landschaftsarchitekten BDLA, Landesgruppe Berlin / Brandenburg
Interessengemeinschaft Verbandsungebundener Architekten in Berlin, IVAB
Vereinigung freischaffender Architekten VfA, Landesgruppe Berlin-Brandenburg
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL, Regionalgruppe Berlin-Brandenburg
wettbewerbsinitiative

